



Entlastungen in der Krise auf den Weg gebracht

Die anhaltend hohen Energiepreise infolge internationaler Spannungen stellen viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen vor große Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung ein Maßnahmenpaket beschlossen, das kurzfristige Entlastungen schaffen soll. Konkret wurde beschlossen, die Energiesteuer auf Benzin und Diesel für zwei Monate um rund 17 Cent brutto pro Liter zu senken. Das kann kurzfristig helfen - entscheidend ist jedoch, dass diese Entlastung auch tatsächlich ankommt und nicht an anderer Stelle verpufft. Entlastet werden so nicht nur Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Wirtschaft – von Busunternehmen über Pflegedienste und Handwerksbetriebe bis zur Güterlogistik. Es wird die Aufgabe der zuständigen Behörden sein, dass kritisch zu überprüfen.

Jens Spahn gab mit Blick auf die weitere Entwicklung am Persischen Golf allerdings zu bedenken: „Wir werden nicht jede Marktverwerfung mit Steuergeld abfedern können.“ Der Staat solle von einer Krise wie der rund um den Iran jedoch nicht profitieren, beispielsweise über höhere Steuereinnahmen an der Tankstelle. Zuvor hatte der Bundestag bereits die Kartellaufsicht gestärkt, damit Mineralölunternehmen keine Wucherpreise für Benzin und Diesel erheben. Außerdem dürfen Tankstellen nur noch einmal täglich die Spritpreise erhöhen. Senken dürfen sie sie jederzeit.

Zudem soll es im Jahr 2026 möglich sein, dass Arbeitgeber ihren Beschäftigten eine steuer- und abgabenfreie Prämie von bis zu 1000 Euro auszahlen. Auch das kann eine sinnvolle Unterstützung sein, um tatsächliche Mehrkosten in der Krise (v.a. für den Weg zur Arbeit) abzufedern. Insbesondere Unternehmen, die ohnehin eine Sonderzahlung an ihre Mitarbeiter plant, können diese nun steuerfrei gewähren. Ganz klar ist aber auch: nicht jedes Unternehmen und nicht jede Branche wird sich diese Zahlung gerade in Krisenzeiten leisten können. Für uns als Unionsfraktion ist jedenfalls klar, dass wir eine Sonderzahlung für Bundesbeamte nicht leisten wollen - auch um hier keinen zusätzlichen Druck auf Unternehmen aufzubauen, ihrerseits die neue steuerfreie Zahlungsmöglichkeit zu nutzen.

Es ist gut, dass der Koalitionsausschuss die Weichen für kommende Reformschritte gestellt hat: Das gilt für die Einkommensteuerreform ab 2027, die insbesondere kleine und mittlere Einkommen entlasten soll. Hier muss die Entlastung tatsächlich spürbar und nachhaltig ausgestaltet werden.

Schon in den nächsten Wochen sollen die umfangreichen Reformvorschläge zur nachhaltigen Finanzierung der gesetzlichen Gesundheitsversorgung in einen Gesetzentwurf gegossen werden. Nicht alle der über 60 Vorschläge der Expertenkommission gefallen der Fraktion gleich gut, aber wir sind sehr dafür, dass jetzt nicht jeder Koalitionspartner einzelne „Rosinen“ aus dem Konzept herauspicks, sondern grundsätzliche alle Vorschläge der Fachleute umgesetzt werden. Nur so wird die Finanzierung unserer Krankenkassen sichergestellt werden können. Und richtig ist auch, die Reformen bei den gesetzlichen Krankenkassen auch parallel bei der privaten Krankenversicherung zu vollziehen. Es geht hier um viel: nämlich um die Qualität und die Bezahlbarkeit unserer Gesundheitsversorgung.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

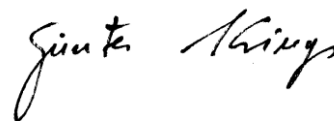


nun endlich hat Bundesfinanzminister Lars Klingbeil einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem Länder und Kommunen um insgesamt eine Milliarde Euro pro Jahr entlastet werden sollen. Von 2026 bis 2029 unterstützt der Bund dabei die finanzschwachen Flächenländer mit 250 Millionen Euro jährlich bei ihren Maßnahmen zur Entlastung der von übermäßigen Kassenkrediten betroffenen Kommunen, von denen es in Nordrhein-Westfalen besonders viele gibt.

Deswegen sollen von den 250 Millionen Euro für die Altschulden zu zwei Drittel, nämlich 164,5 Millionen, nach NRW fließen. Das ist eine gute Nachricht für unsere nordrhein-westfälischen Kommunen, die das Bundesgesetz, das die im Koalitionsvertrag vereinbarte Altschuldenregelung unter Beteiligung des Bundes umsetzen soll, lange erwartet haben. Die CDU-Landesgruppe NRW im Bundestag hatte gemeinsam mit Ministerpräsident Hendrik Wüst bei den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene erfolgreich dafür gesorgt, dass sich auch der Bund an der Lösung der kommunalen Altschulden beteiligt.

Es ist gut, dass die NRW-Landesregierung und der Landtag bereits beschlossen haben, dass über die nächsten 30 Jahre jeweils 250 Millionen Euro Altschulden der Kommunen das Land übernimmt. So sind die zusätzlichen Bundesmittel eine starke Aufstockung der Altschuldentilgung. Klar ist aber auch, dass die Kommunen vor allem durch steigende Sozialkosten extrem belastet sind. Daher müssen wir unseren Koalitionspartner stetig daran erinnern, dass weitreichende Sozialstaatsreformen von Nöten sind, um die Kommunen weiter nachhaltig zu entlasten.

Herzliche Grüße aus Berlin!



Dr. Günter Krings, MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Rechenzentren sind die Fabriken der Zukunft

Die Welt befindet sich mitten in einer neuen Phase der digitalen Transformation und diese vollzieht sich nicht von allein. Für die Nutzung von Künstlicher Intelligenz werden riesige Rechenzentren gebraucht, die enorme Mengen an Daten verarbeiten können. Sie haben einen hohen Bedarf an Energie und Fläche. Damit Deutschland bis 2030 zu einem der attraktivsten Standorte für solche Data-Center werden kann, hat die CDU/CSU-geführte Bundesregierung eine Strategie entwickelt, die unter anderem die Identifizierung von Standorten, unbürokratische Genehmigungsverfahren sowie den schnellen Anschluss ans Netz vorsieht.

Zwar ist Deutschland, was die Rechenkapazitäten betrifft, mit über 2.000 Anlagen bereits führend in Europa. Doch darauf will und kann sich die Koalition nicht ausruhen. Deshalb sollen die Kapazitäten bis 2030 mindestens verdoppelt werden. Speziell für Künstliche Intelligenz und Hochleistungsrechner – sogenanntes High-Performance-Computing – ist eine Vervierfachung vorgesehen. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt die Regierung auf die Zusammenarbeit mit Bundesländern, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.

Es gibt mehrere Felder, auf denen die Regierung Tempo macht. So sollen zügig Flächen für die Rechenzentren identifiziert werden. Denn mit attraktiven Standorten, mit funktionierender Infrastruktur sowie mit schnellen Planungs- und Genehmigungsverfahren kann man Investoren anlocken. Damit sich deren Investitionen rechnen, braucht es eine zuverlässige und umweltverträgliche Versorgung mit bezahlbarer Energie sowie einen schnellen Anschluss ans Netz. Auch die Nutzung von erneuerbaren Energien oder von Abwärme spielt dabei eine Rolle. Für die Kommunen sollen attraktive Bedingungen geschaffen werden, um die Akzeptanz von Rechenzentren zu steigern.

Um Künstliche Intelligenz zu trainieren, müssen große Mengen an Daten verarbeitet werden. Für Deutschland und Europa kommt es darauf an, auf dem Gebiet der KI-Anwendungen und der Datenverarbeitung viel souveräner zu werden, also unabhängiger von anderen Teilen der Welt. Das gelingt nur, wenn die Daten, die in Europa gesammelt werden, auch vor Ort verarbeitet werden. Um die Rechenzentren herum kann sich dann ein ganzes „Ökosystem“ an digitalen Anwendungen entwickeln.

Impressum:

Ausgabe Nr. 07/2026,
17. April 2026

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ Vi.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck

Jetzt die gesetzliche Krankenversicherung strukturell stärken

Mit den Vorschlägen der von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken eingesetzten GKV-Finanzkommission liegt erstmals eine belastbare Grundlage vor, um die strukturellen Defizite der gesetzlichen Krankenversicherung entschlossen anzugehen. Damit beginnt die entscheidende Phase dieser Reform.

Die finanzielle Lage der GKV ist ernst: Es drohen absehbare Defizite in zweistelliger Milliardenhöhe und weiter steigende Zusatzbeiträge. Gleichzeitig erleben viele Menschen im Versorgungsalltag spürbare Probleme – lange Wartezeiten, eingeschränkte Terminverfügbarkeit und regionale Versorgungsengpässe. Das zeigt: Trotz hoher Ausgaben bestehen strukturelle Ineffizienzen, sektorale Brüche und Fehlanreize, die wir jetzt konsequent überwinden müssen.

Unser Ziel ist klar: eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige und bezahlbare Gesundheitsversorgung für die Menschen im ganzen Land. Dafür braucht es eine nachhaltige Stabilisierung der Finanzen und zugleich tiefgreifende strukturelle Reformen.

Im Zentrum steht eine effizientere Nutzung der vorhandenen Mittel. Wir werden Bürokratie abbauen, Doppelstrukturen reduzieren, die Vernetzung im System stärken und einen klaren Schwerpunkt auf Prävention legen. Gleichzeitig verbessern wir den Zugang zur Versorgung und stärken die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen. Die Vorschläge der Kommission sind eine wichtige Grundlage – sie ersetzen aber nicht die politische Entscheidung. Jetzt kommt es darauf an, klare Prioritäten zu setzen und die richtigen Maßnahmen in ein tragfähiges Gesamtkonzept zu überführen. Dabei werden wir die Reform eng mit bereits angestoßenen Vorhaben – insbesondere der Krankenhaus-, Apotheken- und Notfallreform – verzahnen.

Eines ist klar: Stillstand können wir uns nicht leisten. Wir werden die notwendigen Entscheidungen jetzt treffen und die Reformen zügig auf den Weg bringen. Die Menschen in unserem Land erwarten zu Recht, dass wir die gesundheitliche Versorgung nachhaltig sichern und verbessern.